

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Eine Landesverwaltung auf der Höhe der Zeit – Einsatz von Künstlicher Intelligenz in Mecklenburg-Vorpommern endlich vorantreiben

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Bis zum Jahr 2035 werden ca. 15.000 der rund 33.000 unbefristet Beschäftigten in der Landesverwaltung altersbedingt ausscheiden. Eine vollständige Kompensation aller altersbedingten Abgänge kann angesichts des schrumpfenden Erwerbspersonenpotenzials in Mecklenburg-Vorpommern nicht das Ziel sein, da sonst der Wirtschaft ein immer höherer Anteil der verfügbaren Fachkräfte entzogen würde. Daher wird die Landesverwaltung mit weniger Personal auskommen müssen. Sofern es nicht gelingt, durch konsequente Verwaltungsmodernisierung und vollständige Digitalisierung der Landesverwaltung gegenzusteuern, wird das Land seine Aufgaben nicht mehr vollständig und in hoher Qualität erfüllen können.
2. Zugleich ist angesichts des strukturell stark defizitären Landeshaushaltes eine Verringerung der Personalkosten zwingend erforderlich, um langfristig wieder strukturell ausgeglichene Haushalte zu erreichen.
3. Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, dass die Landesverwaltung im Jahr 2030 zu den modernsten öffentlichen Dienstleistern im Bundesgebiet gehört. Die Modernisierungs- und Optimierungskonzepte der Landesregierung werden diesem Anspruch jedoch nicht gerecht. Insbesondere fehlt eine Schwerpunktsetzung auf den zukünftigen Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) in der Landesverwaltung.

4. Die digitale Transformation und insbesondere der Einsatz von KI bieten eine der größten Chancen zur Steigerung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung. Der Einsatz von KI kann dazu beitragen, Verwaltungsprozesse zu optimieren und die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter zu verringern. Erste Erfahrungen aus dem Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung zeigen bereits jetzt realisierbare Arbeitserleichterungen von 70 Prozent in der Sachbearbeitung und ein Potenzial von bis zu 90 Prozent.
5. Anders als in anderen EU-Ländern, anderen Bundesländern und in Unternehmen wird KI in der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern bisher nur sporadisch erprobt bzw. in wenigen Fällen eingesetzt. Die KI-Offensive der Europäischen Union und das Leitmotiv „AI first“ zeigen die Notwendigkeit auf, KI schnell und verantwortungsvoll in die Verwaltung zu integrieren.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. bis zum 30. April 2026 eine Digitalisierungsstrategie für Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln und diese dem Ausschuss für Finanzen und Digitalisierung vorzustellen. Die Digitalisierungsstrategie soll eine detaillierte und umfassende KI-Strategie für den Einsatz von KI in der Landesverwaltung beinhalten.
2. die Bedürfnisse und Anwendungsfälle für den Einsatz von KI in der Landesverwaltung zu ermitteln und zu priorisieren. Auf dieser Grundlage sind erprobte KI-Anwendungen für die jeweiligen Anwendungsfälle zu implementieren bzw. Pilotprojekte mit IT-Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland und der Europäischen Union in die Wege zu leiten.
3. die technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für den sicheren und transparenten Einsatz von KI zu schaffen und dabei insbesondere die Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung und des europäischen AI Acts zu berücksichtigen.
4. die Leistungsfähigkeit der landeseigenen Rechenkapazitäten im Hinblick auf einen vermehrten Einsatz von KI in der Landesverwaltung zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen.
5. durch Optimierung, Digitalisierung und den Einsatz von KI bis 2035 mindestens 20 Prozent der Stellen in der Kernverwaltung einzusparen. Die Modernisierungs- und Optimierungskonzepte der Ministerien sowie der nachgeordneten Landesbehörden sind vor diesem Hintergrund bis zum 30. Juni 2026 grundlegend zu aktualisieren. Der Einsatz von KI-Anwendungen ist dabei deutlich stärker zu berücksichtigen.
6. eine Qualifizierungs- und Schulungsoffensive für die Mitarbeiter der Landesverwaltung zu starten, um das notwendige Wissen für den Umgang mit KI-Anwendungen aufzubauen und Bedenken gegenüber neuen Technologien abzubauen.

Daniel Peters und Fraktion

Begründung:

Das Erwerbspersonenpotenzial in Mecklenburg-Vorpommern, d. h. die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter von 18 bis unter 67 Jahre, ist laut der „5. Bevölkerungsprognose Mecklenburg-Vorpommern bis 2040“ von 2014 bis 2025 um rund 98.000 Personen bzw. rund 9,4 Prozent zurückgegangen. Der Stellenplan der Landesverwaltung ist dagegen im gleichen Zeitraum, bezogen auf die Stellen im Regelbereich, um 11,6 Prozent gewachsen. Damit ist der Anteil, den die Landesverwaltung vom Erwerbspersonenpotenzial Mecklenburg-Vorpommerns in Anspruch nimmt, von 3,1 auf 3,8 Prozent gewachsen. Das Land entzieht auf diese Weise den Unternehmen einen signifikant höheren Anteil an Fachkräften und verstärkt damit den Fachkräftemangel in der Privatwirtschaft.

Angesichts der Vorhersage der 5. Bevölkerungsprognose, nach der das Erwerbspersonenpotenzial Mecklenburg-Vorpommerns von 2025 bis 2035 um weitere 104.000 Personen bzw. 11,0 Prozent zurückgehen wird, muss die Zahl der Stellen in der Landesverwaltung erheblich gesenkt werden, um der privaten Wirtschaft nicht noch mehr Fachkräfte zu entziehen und damit das Wachstumspotenzial des Landes zu verringern.

Um im Jahr 2035 den Anteil der Landesverwaltung am Erwerbspersonenpotenzial Mecklenburg-Vorpommerns des Jahres 2025 von 3,8 Prozent zu erreichen, müsste die Stellenzahl im Regelbereich 31.921 betragen, gegenüber 2025 müssten somit 3.958 Stellen abgebaut werden.

Gleichzeitig steht die Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern vor massiven personellen Herausforderungen. Bis zum Jahr 2035 werden etwa 45 Prozent der heutigen Landesbeschäftigten altersbedingt aus dem Dienst ausscheiden. Die vollständige Kompensation dieser Abgänge ist weder realistisch noch zukunftsweisend. Eine zukunftsgerichtete Landesregierung muss daher Konzepte entwickeln, wie die personellen und finanziellen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte gemeistert werden können.

Um die Leistungsfähigkeit und Bürgernähe der Verwaltung auch künftig zu gewährleisten, muss die Landesregierung umgehend Maßnahmen ergreifen, um die Produktivität und Effizienz der Landesverwaltung signifikant zu steigern. Dies gelingt nur durch die konsequente Nutzung von Schlüsseltechnologien. KI ist der effektivste Hebel zur Bewältigung dieser Herausforderungen. Sie bietet die Chance, die öffentliche Verwaltung nicht nur umfassender zu digitalisieren, sondern auch Arbeitsweisen neu zu definieren. KI-Systeme können repetitive Aufgaben wie das Bearbeiten von Standardanfragen, die Klassifizierung von Dokumenten, die Prüfung der Erfüllung von Kriterien und die Erstellung von Vermerken übernehmen.

Erfolgreiche Pilotprojekte, beispielsweise im Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung, haben gezeigt, dass KI bereits heute in der Lage ist, eine Arbeitserleichterung von 70 bis 90 Prozent bei Routineprozessen zu erzielen. Nach jüngsten Angaben des Finanzministeriums konnte bei der testweisen Anwendung eines KI-Tools des Bundes für die digitale Abwicklung von Förderverfahren eine Verringerung des Verwaltungsaufwandes von 60 bis 99 Prozent erreicht werden.

Diese Ergebnisse bestätigen das große Effizienzpotenzial, das im Einsatz digitaler Instrumente und KI in den öffentlichen Verwaltungen besteht, insbesondere bei klar zu definierenden Aufgaben und Prüfschritten.

Experten in den USA gehen davon aus, dass bereits ab 2026 mindestens 20 bis 30 Prozent aller textbasierten Aufgaben durch KI-Anwendungen erbracht werden können. Angesichts der Tatsache, dass ein Großteil der Verwaltungsarbeit textbasiert und regelgeleitet ist, liegt hier ein enormes, bislang ungenutztes Rationalisierungspotenzial. Durch KI können Verwaltungsmitarbeiter entlastet werden und sich auf komplexe, entscheidungsrelevante und bürgerorientierte Kernaufgaben konzentrieren.

Mecklenburg-Vorpommern kann es sich nicht länger leisten, bei der Einführung dieser entscheidenden Zukunftstechnologie abzuwarten. Im internationalen und nationalen Vergleich zeigt sich bereits ein deutlicher Rückstand. Dieser Rückstand gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit des Landes und die Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge und verlangsamt die Verwaltungsmodernisierung. Die europäische KI-Offensive, insbesondere der AI Act, verdeutlicht die Notwendigkeit, schnell eine verlässliche Strategie zu entwickeln. Auch 81 Prozent der deutschen Unternehmen sehen KI als wichtigste Zukunftstechnologie. Mecklenburg-Vorpommern darf hierbei nicht länger zurückbleiben.